

Der Oberbürgermeister
Büro für Ratsangelegenheiten

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des

Bürgerforums Innenstadt

Nr. 1

am Donnerstag, dem 4. Dezember 2003, im Ratssitzungssaal, Rathaus

Dauer: 19:30 Uhr bis 21:40 Uhr

Teilnehmer/-innen:

Von der Verwaltung:

Herr Oberbürgermeister Fip,
Herr Apel, Fachbereich Städtebau,
Herr Freisel, Freiwilligenagentur;

Protokollführer:

Herr Hinrichsen, Büro für Ratsangelegenheiten.

Tagesordnung

- 1 Anregungen und Wünsche
- 2 Stadtentwicklung im Dialog
- 3 Von Bürgern und Vereinen angemeldete Tagesordnungspunkte:
 - a) Aufstellung eines Buswartehäuschens an der Wittekindstraße (Haltestelle Berliner Platz)
 - b) LKW-Verbot für den Wallring
 - c) Lademöglichkeiten für Anwohner des Johannistorwalls
 - d) Westumgehung zur Entlastung der Innenstadt
 - e) Gestaltung der Georgstraße als Fußgängerzone
 - f) Neumarkt: Umsetzung des Bürgergutachtens und Finanzierungskonzept für einen Naschmarkt
 - g) Sachstand Sanierungsgebiet Rosenplatz

Herr Oberbürgermeister Fip begrüßt die anwesenden Mitglieder des Landtages und des Rates sowie ca. 30 Bürgerinnen und Bürger.

Er erinnert einfürend an den Beschluss des Rates, 7 zusätzliche Ortsräte in Osnabrück einzurichten. Da die Wahl dieser neuen Ortsräte aus rechtlichen Gründen erst im Herbst 2006 möglich ist, werden in der Übergangszeit Bürgerforen durchgeführt. Herr Oberbürgermeister Fip erläutert im Folgenden die für die Bürgerforen in der Geschäftsordnung festgelegten Regeln.

1. Anregungen und Wünsche (TOP 1)

a) Verkehrsregelung Georgstraße

Herr Billmann regt an, den Teilbereich der Georgstraße zwischen Möserstraße und Schillerstraße als Einbahnstraße auszuweisen. Herr Apel kündigt an, die Anregung in der Verkehrsbesprechung vorzutragen. In diesem Zusammenhang spricht Herr Billmann die Situation am Stresemannplatz an. Dort sollten einerseits die großen Löcher im Pflaster beseitigt und zum anderen vor den Häusern Möserstraße 50 bis 54 ein öffentlicher Abfallbehälter mit zusätzlichem Aschenbecher (vergleichbar mit dem Modell vor Foto Erhardt) aufgestellt werden.

b) Öffnungszeiten Stadtbibliothek

Frau Wessering lobt zunächst die außerordentlich gute Auswahl in der Osnabrücker Stadtbibliothek. Sie regt an, als zusätzlichen Service für Berufstätige die Öffnungszeit an einem Tag in der Woche bis 20:00 Uhr auszudehnen. Stattdessen könnte möglicherweise im Gegenzug die morgendliche Öffnungszeit reduziert werden. Herr Oberbürgermeister Fip nimmt die Anregung auf und sagt eine entsprechende Überprüfung zu. Er hält es für denkbar, eine derartige Regelung während einer Probeweise zu testen. Es bleibt dann abzuwarten, ob das zusätzliche Angebot angenommen wird.

c) Ummeldung von Kraftfahrzeugen

Eine Bürgerin berichtet, dass sie nach einem Umzug nach Osnabrück ihre neue Adresse unverzüglich bei der Einwohnermeldebehörde angezeigt hat. Die Ummeldung des Kraftfahrzeugs konnte hingegen an diesem Tag nicht erfolgen, weil hierfür zwingend erforderliche Unterlagen noch nicht vorlagen. In den nächsten Wochen war ihr der Behördengang aufgrund von Umzugsstress und beruflicher Verpflichtungen nicht möglich. Sie schildert weiter, dass sie bereits 14 Tage später eine Stilllegungsandrohung wegen unterlassener Umschreibung mit einer Fristsetzung von lediglich 3 Tagen erhalten hat und gleichzeitig eine Gebühr in Höhe von 26,00 € erhoben wurde. Sie hält diese Verfahrensweise, so kurzfristig bereits derart drastische Maßnahmen anzudrohen, für äußerst überzogen.

Herr Oberbürgermeister Fip gibt zu bedenken, dass in Deutschland aus verständlichen Gründen großer Wert auf eine schnelle Ummeldung gelegt wird und die Einwohnermeldeämter die Instruktion erhalten haben, bei Verzögerungen rigoros vorzugehen. Dennoch kündigt er an, dem Hinweis nachzugehen und den Vorgang zu überprüfen.

d) Verkehrssituation in der Innenstadt

Frau Sonnemann schildert im Folgenden mehrere Sachverhalte, zu denen die Verwaltung jeweils eine Stellungnahme abgibt.

Ampelschaltung Wall/Laischaftsstraße

Wenn man den Wall Richtung Stadthalle befährt, staut sich regelmäßig auf der linken Spur der Verkehr vor der Kreuzung Laischaftsstraße, da die Linksabbieger den entgegenkommenden Verkehr abwarten müssen und die Geradeausfahrer blockieren. Früher war eine Grünphase

vorgeschaltet, in der kein Gegenverkehr vorhanden war, so dass diese Probleme nicht auftraten.

Stellungnahme der Verwaltung:

Auf die vorgeschaltete Grünphase der Linksabbieger wurde zugunsten einer Optimierung der Grünen Welle in Richtung Kommenderiestraße verzichtet. Hierbei handelte es sich um einen Abwägungsprozess. Mit der derzeitigen Schaltung wurden bisher sehr gute Erfahrungen gemacht.

Verkehrsführung Martinistraße

Beim Befahren der Martinistraße stadteinwärts ist vor der Kreuzung Heger-Tor-Wall immer wieder festzustellen, dass sich die Fahrzeuge nicht richtig einordnen (2 Geradeaus-, 1 Linksabbiegerspur) und die benachbarte Spur blockieren.

Stellungnahme der Verwaltung:

1979 gab es den Plan, die Kreuzung großräumig auszubauen, wodurch eine Verbesserung in dem genannten Bereich erzielt worden wäre. Diese Planung wurde später jedoch verworfen. Angesichts der bestehenden Straßenbreite lässt sich mit Markierungen keine Verbesserung erzielen.

Fußweg Seminarstraße

Wenn man den Schlossgarten verlässt und weiter die Seminarstraße auf der linken Seite (am ehemaligen AOK-Gebäude vorbei) entlanggeht, wird der Bürgersteig oftmals durch abgestellte Fahrräder dermaßen blockiert, dass ein Passieren für Rollstuhlfahrer und Kinderwagen nicht mehr möglich ist.

Stellungnahme der Verwaltung:

Es wird bestätigt, dass in dem genannten Bereich Handlungsbedarf besteht. Nach Rücksprache mit dem Behindertenforum ist nun geplant, einen der 6 Behindertenstellplätze im dortigen Bereich, die aufgrund der früher dort ansässigen Krankenkasse eingerichtet wurden, aufzuheben und für Fahrräder mit entsprechenden Bügeln vorzuhalten.

Straßenschäden auf dem Wall

Durch Unebenheiten auf dem Wall, insbesondere im Umfeld der Kreuzung Rehmstraße, verursachen vorbeifahrende LKW's sehr viel Lärm, durch den die Anwohner erheblich belästigt werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die genannten Schäden sind mit einfachen Ausbesserungen nicht mehr zu beheben, da sich direkt unter der Asphaltdecke eine Torfschicht befindet. Eine Lösung ist nur durch einen Komplettausbau zu erreichen, der mittelfristig geplant ist.

e) Fahrräder am Bahnhof

Die Situation am Bahnhof mit zahlreich abgestellten Fahrrädern wird von Frau Sonnemann als chaotisch bezeichnet. Herr Oberbürgermeister Fip erinnert daran, dass von der Stadt ein Fahrradparkhaus gebaut wurde und die Verwaltung bemüht ist, die Situation zu ordnen.

f) Ansiedlung eines Geschäftszentrums im bisherigen Gerichtsgebäude

Herr Foth bittet um Mitteilung, wie das weitere Verfahren aussehen und ob das Bürgerforum Innenstadt bei der Entscheidungsfindung einbezogen wird. Herr Oberbürgermeister Fip erläutert, dass zunächst ein in Auftrag gegebenes Gutachten abgewartet werden soll, bevor eine Bürgerbeteiligung auch über das Bürgerforum erfolgt. Die Entscheidung wird allerdings in letzter Instanz vom Rat getroffen. Eine wichtige Voraussetzung ist daneben, dass der Investor sich mit dem bisherigen Eigentümer der Immobilie einigen kann.

g) Gefährdung von Radfahrern zwischen Hasetor und Bramscher Straße

Herr Wilhelm berichtet, dass Radfahrer von der Bramscher Straße aus mit dem Ziel Hasestraße auf der linken Seite den Fußweg benutzen und beim Passieren der Hofausfahrt Bramscher Straße 2 und der Kreuzung Ziegelstraße regelmäßig in Unfälle verwickelt werden. Um den Fahrradfahrern die große Gefahr deutlich zu machen, hält er drastische und unkonventionelle Maßnahmen, wie z. B. das Zurschaustellen eines verunglückten Fahrrads, für notwendig. Herr Apel bestätigt, dass die Situation der Verwaltung seit langem bekannt ist. Eine Verbesserung wurde festgestellt, seitdem an der Fußgängerampel der Druckknopf für eine Anforderung entfernt wurde. Die Fahrradfahrer, die trotz des aufgestellten Hinweisschildes sich verkehrswidrig verhalten, können weder mit Hilfe einer Beschilderung noch mit baulichen Mitteln hiervon abgehalten werden. Die Schließung der Ausfahrt Ziegelstraße ist ebenfalls nicht praktikabel, da für die Anlieger erhebliche Umwege entstehen würden. Herr Wilhelm regt abschließend an, an der Einmündung Ziegelstraße einen Spiegel aufzustellen, um etwas mehr Übersicht zu schaffen.

h) Bauliche Situation der Liebigstraße

Herr Dr. Detering weist darauf hin, dass sich die Liebigstraße in einem sehr schlechten Zustand befindet und durch die Straßenschäden eine erhebliche Lärmbelästigung der Anwohner ausgeht. Er erkundigt sich, ob die Aufbringung von Flüsterasphalt denkbar ist und ob eine verkehrliche Entlastung über den Ausbau der Schlachthofstraße in Richtung Haster Weg angedacht ist. Herr Apel erläutert, dass die Aufbringung von Flüsterasphalt aus technischen Gründen nur auf Autobahnen üblich und sinnvoll ist. Allerdings würde in dem vorliegenden Fall bereits die Aufbringung eines normalen Asphalts im Vergleich zum Kopfsteinpflaster eine erhebliche Verbesserung bringen. Die Verbindung von der Schlachthofstraße zum Haster Weg ist im Flächennutzungsplan enthalten. Ob und wann diese realisiert wird, ist derzeit allerdings nicht absehbar.

2. Stadtentwicklung im Dialog (TOP 2)

a) Planungs- und Bauvorhaben

Herr Apel berichtet, dass 2 Bebauungspläne für die derzeit als Parkplatz genutzten Fläche an der Kleinen Domsfreiheit (gegenüber der Ursulaschule) aufgestellt werden sollen, um dort eine Wohnbebauung zu ermöglichen. In diesem Zusammenhang ist zu sehen, dass das Wilhelm-Stift hierhin umgesiedelt werden soll, da die Firma L+T Interesse an dem derzeitigen Gebäude des Stifts geäußert hat. Ferner kündigt Herr Apel für 2004 Straßenneubauarbeiten zwischen Ledenhof und Adolf-Reichwein-Platz an (steht in Zusammenhang mit dem Projekt Kamp und der Einfahrt zur Tiefgarage). In der südlichen Innenstadt wird im nächsten Jahr im Bereich zwischen Neuem Graben und Süsterstraße/Marienhospital eine Tempo 30-Zone mit Rechts-vor-Links-Regelung eingerichtet.

b) Freiwilligenagentur

Herr Freisel stellt die sich in den Räumen der Bürgerberatung an der Bierstraße befindende Freiwilligenagentur vor. Dort werden regelmäßig für interessierte Personen Engagementberatungen unter anderem auch mit Hilfe einer Vermittlungsdatenbank durchgeführt. Gleichzeitig erfolgt die Beratung von Organisationen und Verbänden. Eine weitere wichtige Aufgabe der Freiwilligenagentur stellt ferner die Koordination und Moderation bestehender Maßnahmen dar.

Ein Bürger bittet um Mitteilung, ob durch die Freiwilligenagentur ausschließlich unentgeltliche Tätigkeiten vermittelt werden oder ob auch die Vermittlung von Babysittern gegen Entgelt

möglich ist. Herr Freisel verdeutlicht, dass er eine derartige Anfrage lediglich an einen bekannten Verband oder Verein vermitteln kann, da nur in diesem Fall eine versicherungstechnische Absicherung gegeben ist. Er kündigt für Anfang 2004 eine spezielle Kampagne bezüglich derartiger Anfragen an.

3. Von Bürgern und Vereinen angemeldete Tagesordnungspunkte (TOP 3)

a) Aufstellung eines Bus-Wartehäuschens an der Wittekindstraße (Haltestelle Berliner Platz)

Herr Oberbürgermeister Fip erläutert, dass mit der Anmeldung dieses Tagesordnungspunktes der Wunsch verbunden war, ein Wartehäuschen vor der Sparkasse Wittekindstraße aufzustellen. Die Aufstellung wurde bisher von der Sparkasse abgelehnt. Bei einem kürzlich vorgenommenen Ortstermin konnte jedoch eine Einigung zwischen Sparkasse und Stadtwerke erzielt werden, so dass die Aufstellung voraussichtlich bald erfolgen wird.

b) LKW-Verbot für den Wallring

Frau Unland verdeutlicht, dass ihr Antrag darauf abzielte, lediglich den Durchgangsverkehr von LKW's auf dem Wallring zu verbieten. Herr Apel entgegnet, dass dieses Anliegen aus Sicht der Verwaltung angesichts der hierfür notwendigen umfassenden Beschilderung nicht realisierbar und im Ergebnis auch nicht zu kontrollieren wäre. Stattdessen wird versucht, z. B. durch die Zusammenarbeit mit der Stadt Georgsmarienhütte großräumige Verbesserungen zu erzielen. Frau Unland stellt fest, dass der Wall von 30.000 Fahrzeugen pro Tag befahren wird und dieses eine enorme Belastung der Anlieger darstellt. Es sollte zumindest versucht werden, die Bundesstraße nach außerhalb zu verlegen. Herr Apel bestätigt, dass die Verlegung der Bundesstraße grundsätzlich denkbar, aufgrund der Beteiligung zahlreicher Behörden jedoch äußerst schwierig zu realisieren ist. Herr Klekamp macht darauf aufmerksam, dass in einigen Navigationssystemen der Wall als Hauptstrecke enthalten ist und bittet die Verwaltung hiergegen vorzugehen. Herr Apel bestätigt, dass dieser Sachverhalt der Verwaltung bekannt ist. Von den Herstellerfirmen der Navigationssysteme werden Änderungswünsche allerdings nur in seltenen Fällen umgesetzt.

c) Lademöglichkeiten für Anwohner des Johannistorwalls

Frau Unland macht im Namen der Bürgerinitiative „Leben am Wall“ darauf aufmerksam, dass es seit Generationen eine Be- und Entlademöglichkeit am Johannistorwall gegeben hat. Erst mit der Durchführung einer Straßenbaumaßnahme vor einigen Jahren wurde entgegen anders lautender vorheriger Zusagen diese Lademöglichkeit aufgehoben. Seitdem ist sie darauf angewiesen, für jedes Entladen nach einem Einkauf zunächst eine Ausnahmegenehmigung gegen Gebühr zu beantragen. Sie bittet die Verwaltung, das Halteverbot aufzuheben oder eine Regelung wie an der Martinistraße zu treffen. Herr Apel berichtet, dass sowohl die Polizei als auch die Straßenverkehrsbehörde in der Verkehrsbesprechung vor wenigen Tagen ausdrücklich darauf bestanden haben, das Halteverbot beizubehalten, da ansonsten die Staugefahr zu groß wird. Stattdessen bietet er der Bürgerinitiative an, eine gepflasterte Fläche im Bereich des Johannisturms und des dortigen Kinderspielplatzes mit einem abschließbaren Poller zu versehen und den Schlüssel der Bürgerinitiative zu überlassen. Frau Unland erinnert daran, dass nach dem Straßenausbau zunächst mehrere Monate keine Beschilderung existierte und in diesem Zeitraum keinerlei verkehrliche Probleme aufgetreten sind. Sie nimmt das Angebot von Herrn Apel an, gibt jedoch gleichzeitig zu bedenken, dass die genannte Fläche sehr weit von den betroffenen Häusern entfernt liegt.

d) Westumgehung zur Entlastung der Innenstadt

Herr Oberbürgermeister Fip teilt mit, dass auf Wunsch des Rates derzeit verschiedene Gutachten zu den Realisierungsmöglichkeiten einer Westumgehung eingeholt werden. Er gibt zu bedenken, dass diese nur mit Hilfe von derzeit nicht absehbaren Fördermitteln des Landes und Bundes realisierbar ist. Unabhängig von den Realisierungschancen hat die Mehrheit des Rates allerdings angekündigt, die Planungen für die Westumgehung weiterführen zu wollen. Herr Hagedorn verdeutlicht, dass die Kosten für die Realisierung der Westumgehung auf 60 bis 70 Mio. € geschätzt werden, die kurzfristig unmöglich aufgebracht werden können. Er äußert die Überzeugung, dass man bereits in 6 bis 7 Jahren zu der Ansicht gelangen wird, dass vor dem Hintergrund zurückgehender Bevölkerungszahlen die Notwendigkeit einer Westumgehung nicht gegeben ist.

e) Gestaltung der Georgstraße als Fußgängerzone

Im Zuge der Anmeldung dieses Tagesordnungspunktes wurde die Frage gestellt, warum bei der Realisierung des Fußgängerbereiches keine Bäume gepflanzt wurden. Herr Apel erläutert dazu, dass aufgrund der Brückensituation und zahlreicher Versorgungsleitungen sowie Behindertenstellplätzen die Unterbringung von Bäumen nicht möglich war.

f) Neumarkt: Umsetzung des Bürgergutachtens und Finanzierungskonzept für einen Naschmarkt

Herr Oberbürgermeister Fip macht zunächst deutlich, dass die Bezeichnung Naschmarkt falsche Assoziationen weckt. Es geht in diesem Zusammenhang lediglich um eine Modernisierung des Neumarkttunnels. Von den veranschlagten Kosten in Höhe von 5,4 Mio. € sollen 4,1 Mio. € durch die Mieten finanziert werden. Der restliche Betrag ist für die Infrastruktur, die im öffentlichen Interesse liegt (z. B. öffentliche Toiletten), vorgesehen. Herr Hagedorn verdeutlicht, dass über das weitere Vorgehen bisher noch nicht entschieden wurde. Zunächst bleibt abzuwarten, was für Verträge dem Rat vorgelegt werden. Er gibt zu bedenken, dass das finanzielle Risiko bei der Stadt liegt und angesichts der derzeitigen Finanzlage besser von dem Vorhaben Abstand genommen werden sollte. Herr Oberbürgermeister Fip verweist in diesem Zusammenhang auf das Gutachten eines Hamburger Büros, wonach das geplante Vorhaben wirtschaftlich tragbar ist. Herr Klekamp gibt zu bedenken, dass ein Teil der jetzigen Mieter des Neumarkttunnels künftig erheblich höhere Mieten zu zahlen hat und eine Abstimmung mit oberirdischen Konzepten, wie z. B. der Firma ECE, die sicherlich ein ähnliches Segment treiben wird, notwendig ist. Herr Oberbürgermeister Fip entgegnet, dass eine Entscheidung über den Neumarkt sofort zu treffen ist und alle anderen Erwägungen langfristiger Natur sind.

g) Sachstand Sanierungsgebiet Rosenplatz

Angesichts der bei der Anmeldung dieses Tagesordnungspunktes gestellten Fragen erläutert Herr Apel, dass es bei einem Vorhaben wie der Sanierung des Rosenplatzes üblich ist, nach Beendigung aller Sanierungsmaßnahmen durch einen unabhängigen Gutachterausschuss die Wertsteigerung der Bodenwerte zu ermitteln. Die Wertsteigerung, die durch die Sanierung über das normale Maß hinausgeht, wird dann i. d. R. durch Ausgleichsbeträge abgeschöpft. Anfang 2004 wird der Wettbewerb für den Ausbau des Rosenplatzes ausgeschrieben. Mit dem Baubeginn ist etwa im Jahr 2006 zu rechnen. Für den Ausbau der Wörthstraße wird Anfang 2004 eine Bürgerbeteiligung durchführt. Für den Bereich des Wohnviertels zwischen Osningstraße und Wörthstraße ist ein Wettbewerb bereits angelaufen und mit ersten Ergebnissen ist im Februar 2004 zu rechnen. Auf Nachfrage von Frau Unland bestätigt Herr Apel, dass eine Haltestelle des Haller Willem am Rosenplatz langfristig vorgesehen ist.

010 6. Januar 2004

**Vermerk;
Protokoll Bürgerforum Innenstadt**

In der Sitzung des Bürgerforums Innenstadt am 4. Dezember 2004 wurde von Frau Wesserling vorgetragen, dass sie im Sommer 2003 nach Osnabrück gezogen ist und bereits nach 14 Tagen eine Stilllegungsandrohung wegen unterlassener Ummeldung ihres KFZ erhalten hat.

Nach einer ersten Recherche durch den Fachbereich Bürger und Ordnung stellte sich der Sachverhalt so dar, dass sich Frau Wesserling am 29. August 2002 in Osnabrück angemeldet hat und somit bis zum Erhalt der Stilllegungsandrohung bereits 10 Monate verstrichen waren. Dieses wurde als Anmerkung in die Niederschrift aufgenommen (s. Anlage).

Nach mehreren Gesprächen zwischen dem Fachbereich 32 und Frau Wesserling und erneuter Überprüfung stellt sich der Sachverhalt wie folgt dar:

Frau Wesserling hat sich tatsächlich im August 2002 zunächst mit 1. Wohnsitz in Osnabrück angemeldet. Da sich der Umzug verzögerte hat sie später die Anmeldung dahingehend korrigiert, dass es sich in Osnabrück nur um den 2. Wohnsitz handelt. Umgezogen ist sie konkret erst Ende Mai 2003. Somit lag zum Zeitpunkt der Stilllegungsandrohung ein Fristversäumnis von 6 Wochen vor.

Im Protokoll wird die Anmerkung der Verwaltung entfernt. Ein entsprechender Hinweis sollte in der nächsten Sitzung erfolgen.

Hinrichsen

Ø Herrn Oberbürgermeister Fip z. K.